

# Kreistagssitzung 31. März 2008

## Rede Landrat Georg Grabner zum Kreishaushalt 2008

**Anrede**

### Rückblick auf das Haushaltsjahr 2007:

Bevor ich mich dem Haushalt 2008 widme, möchte ich Sie über den Rechnungsabschluss des Jahres 2007 informieren.

Das Haushaltsjahr 2007 konnte erfreulicherweise ohne die vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 610.500 EUR und ohne die eingeplante Rücklagenentnahme von 329.100 EUR abgeschlossen werden.

Das Volumen des Verwaltungshaushaltes erhöhte sich um rd. 2,1 Mio EUR bzw. 3,17 % von rd. 68,9 Mio EUR auf rd. 71 Mio EUR .

Der Vermögenshaushalt schloss in Einnahmen und Ausgaben mit rd. 6,8 Mio EUR und damit lediglich um rd. 27.000 EUR bzw. 0,4 % über den Planansätzen ab.

In den Einzelplänen 0 bis 8 des Verwaltungshaushaltes betrug der Zuschussbedarf rd. 32,1 Mio EUR und lag damit um rd. 219.000 EUR bzw. 0,69 % über dem Ansatz. Den Kliniken des Landkreises Berchtesgadener Land GmbH konnten dabei anstelle der einplanten Zahlungen in Höhe von 1,1 Mio EUR für den Verlustausgleich der Jahresverluste 2005 und 2006 insgesamt Abschlagszahlungen in Höhe von 2,2 Mio EUR überwiesen werden. Ohne diese überplanmäßigen Verlusterstattungen hätte sich der Zuschussbedarf in den Einzelplänen 0 bis 8 um rd. 880.000 EUR vermindert, was eine Abweichung von minus 2,75 % zu den Plansätzen bedeutet hätte.

Dem Vermögenshaushalt wurden rd. 3,39 Mio EUR und damit rd. 879.000 EUR mehr zugeführt. Die Verschuldung des Landkreises Berchtesgadener Land konnte von rd. 37,9 Mio EUR auf rd. 35,6 Mio EUR vermindert werden.

Ermöglicht wurde dieses insgesamt positive Ergebnis vor allem durch

Ø Personalkosteneinsparungen von rd. 460.000 EUR, auf die ich noch im Haushalt 2008 eingehen werde und

Ø Mehreinnahmen von

rd. 268.000 EUR beim Kostenaufkommen, also bei den Gebühren und dem Auslagenersatz im Aufgabenbereich des Staatlichen Landratsamtes und rd. 224.000 EUR bei der anteiligen Überlassung des Grunderwerbsteueraufkommens sowie

Ø außerplanmäßige Einnahmen von

100.000 EUR auf Grund der Gewährung einer Bedarfzuweisung durch den Freistaat Bayern und rd. 347.000 EUR aus einem nicht erwarteten Belastungsausgleich „Hartz IV“ für die dem Landkreis entstandenen Mehrbelastungen des Jahres 2006.

Dieses Rechnungsergebnis wurde dem Kreisausschuss in der letzten Sitzung am 19.März 2008 bekannt gegeben. Den ausführlichen Rechenschaftsbericht erhalten Sie im Rahmen des Feststellungsverfahrens und der örtlichen Rechnungsprüfung.

### **Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2007:**

Rechtzeitig zum Schuljahresbeginn 2007/2008 konnte beim Karlsgymnasium Bad Reichenhall die neue Mehrzweckhalle in Betrieb genommen werden.

Mit dem Bau der Mensa mit Aufenthaltsräumen für das Rottmayr-Gymnasium Laufen wurde im Frühjahr 2007 begonnen. Vor wenigen Wochen konnte auch hier der Schulbetrieb aufgenommen werden.

## Haushaltsplan 2008

**Leichter Rückgang der Steuer- und Umlagekraft, deutlich höhere Schlüsselzuweisungen, hohe Verlusterstattungen an die Kliniken GmbH, angemessene Erhöhung der Kreisumlage - Fortsetzung des Sparkurses und konsequenter Schuldenabbau, um zukunftsfähig bleiben zu können**

Der **Entwurf des Haushaltsplanes 2008** ist von der Zielsetzung bestimmt, die Erfüllung der Pflichtaufgaben des Landkreises sicherzustellen und auch in den Bauunterhalt für die landkreiseigenen Gebäude, vor allem für die Schulen, zu intensivieren. Die im Haushaltsentwurf ausgewiesenen freiwilligen Leistungen umfassen lediglich 0,48 % des gesamten Haushaltsvolumens.

Die Abfinanzierung der Verluste der Kliniken des Landkreises Berchtesgadener Land GmbH und das Bemühen des Kreistages, alle drei Kreiskrankenhäuser in kommunaler Trägerschaft zu erhalten, prägen den Verwaltungshaushalt 2008 und auch die Finanzplanung bis 2011 in besonderer Weise. Für die Umsetzung von darüber hinausgehenden mit finanziellen Auswirkungen verbundenen Gestaltungswünschen besteht deshalb wenig Spielraum.

Im Haushaltsjahr 2008 ist für die Finanzierung der im Vermögenshaushalt enthaltenen investiven Ausgaben von 3,2 Mio EUR eine Kreditaufnahme von 1 Mio EUR eingeplant. Bei veranschlagten Tilgungsleistungen von rd. 1,9 Mio EUR kann dennoch eine Netto-Neuverschuldung vermieden werden.

Die für das Haushaltsjahr 2008 maßgeblichen nivellierten Steuereinnahmen des Jahres 2006 sind geringfügig um 0,8 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Hier muss man allerdings berücksichtigen dass wir im vergangenen Jahr aufgrund eines Einmaleffektes (große Steuernachzahlung in einer Gemeinde) einen weit überdurchschnittlichen Anstieg der Steuerkraft hatten. Sowohl bei der Steuerkraft als auch bei der Umlagekraft belegt unser Landkreis in Oberbayern wieder den letzten Rang und in Bayern die 52. Stelle von 71 Landkreisen. Dennoch möchte ich darauf hinweisen, dass die für 2008 maßgebliche Steuerkraft unserer Gemeinden in Höhe von rd. 54,3 Mio EUR immerhin um rd. 8,1 Mio EUR bzw. 17,5 % über der vor zwei Jahren maßgeblichen Steuerkraft liegt.

Die Steuereinnahmen des Jahres 2007, die für die Steuerkraft 2009 bestimmend sein werden, sind insbesondere bei der Einkommensteuerbeteiligung und bei den Gewerbesteuereinnahmen überdurchschnittlich gestiegen. Ich habe deshalb die große Hoffnung, dass der wirtschaftliche Aufwärtstrend in unserem Landkreis anhält und ich vertraue auf die Leistungsfähigkeit und die Innovationskraft unserer heimischen Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eine nachhaltige Steigerung der Steuerkraft im Landkreis wird jedoch nur dann möglich sein, wenn auch unsere Gemeinden, Märkte und Städte durch eine vorausschauende und zukunftsweisende Politik die heimischen Unternehmen unterstützen und ein Klima sowie die (bauleitplanerischen) Voraussetzungen schaffen für die Weiterentwicklung bestehender und die Ansiedelung neuer Betriebe, sowohl im gewerblichen und im High-Tech-Bereich als auch in dem für uns so wichtigen touristischen Zweig. Eine „Politik der Verhinderung“ schadet letztendlich uns allen.

Der Verwaltungshaushalt 2008 ist in Einnahmen und Ausgaben mit 72.305.500 EUR veranschlagt. Das Volumen erhöht sich somit gegenüber 2007 um rd. 3,4 Mio EUR bzw. 5,02 %. Ausschlaggebend für diese Erhöhung ist vor allem der Einzelplan 5 mit der Finanzierung des Krankenhauswesens.

Der Vermögenshaushalt vermindert sich gegenüber dem Jahr 2007 um rd. 1,3 Mio EUR bzw. 18,83 % auf 5.511.500 EUR.

Das gesamte Haushaltsvolumen beträgt somit 77.817.000 EUR bzw. rd. 2,1 Mio EUR (2,87 %) mehr als im Vorjahr.

Ich möchte nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die **Eckpunkte des Verwaltungshaushaltes 2008** eingehen.

Der **Zuschussbedarf in den Einzelplänen 0 bis 8** erhöht sich um rd. 4,8 Mio EUR auf insgesamt 36.829.000 EUR. Dies bedeutet eine Steigerung von 15,24 %. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in diesem Zuschussbedarf auch eine um 3,5 Mio EUR erhöhte Versteuerung an die Kliniken des Landkreises Berchtesgadener Land GmbH enthalten ist.

Ohne diese Verlusterstattung würde sich der Zuschussbedarf in den Einzelplänen 0 bis 8 um rd. 1,3 Mio EUR bzw. 4,28 % erhöhen.

Von diesen Steigerungsraten entfallen auf den Einzelplan 2 (Schulen) 566.200 EUR und auf den Einzelplan 4 (Soziale Sicherung) 288.900 EUR. Aber auch im Aufgabenbereich des Staatlichen Landratsamtes und der Kreisverwaltung müssen trotz größter Sparbemühungen in den Einzelplänen 0 und 1 erhöhte Ausgaben für den Personal- und Sachaufwand vorgesehen werden.

Die **Umlagekraft** des Landkreises Berchtesgadener Land ist um 901.767 EUR bzw. 1,4 % auf 64.922.543 EUR gesunken. In Oberbayern ist die Umlagekraft um 14,4 % und bayernweit um 9,9 % gestiegen. Auf den Einmaleffekt im vergangenen Jahr habe ich vorhin bereits hingewiesen. Unser Landkreis liegt weiterhin bei der Umlagekraft an letzter Stelle in Oberbayern und belegt im Vergleich zu den bayerischen Landkreisen die 57. Rangstelle.

Die **staatlichen Schlüsselzuweisungen** betragen im Haushaltsjahr 2008 insgesamt 12.239.360 EUR. Unser Landkreis erhält somit in diesem Jahr rd. 2,8 Mio. EUR bzw. 30 % mehr Zuweisungen vom Freistaat Bayern im Rahmen des Finanzausgleichs als im Vorjahr. Bei der Bemessung der Schlüsselzuweisungen spielt u.a. auch die gesunkene Umlagekraft des Landkreises eine wesentliche Rolle. Die Schlüsselzuweisungen dienen bekanntlich dazu, eine niedrigere Steuer- bzw. Umlagekraft aufgabengerecht zu ergänzen und Sonderbelastungen, wie die Sozialhilfebelastung, abzumildern.

Die höheren Schlüsselzuweisungen in diesem Jahr sind aber auch darauf zurückzuführen, dass von den Mehreinnahmen des Freistaats Bayern beim allgemeinen Steuerverbund zur Erhöhung der Schlüsselzuweisungen 280,7 Mio EUR verwendet wurden, wovon die Landkreise 101 Mio EUR erhalten haben. Die Schlüsselzuweisungen wurden somit insgesamt um 13 % erhöht und der einheitliche Grundbetrag von 418,22 EUR je Einwohner auf 460,55 EUR heraufgesetzt.

Dies ist sehr erfreulich für uns. Ich kann in diesem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber nur davor warnen, sich auch in Zukunft auf die Gewährung hoher staatlicher Schlüsselzuweisungen zu verlassen und die Bemühungen zur Steigerung der eigenen Steuerkraft zu vernachlässigen.

Schlüsselzuweisungen sind stets auch von der Entwicklung des allgemeinen Steueraufkommens abhängig.

Ich möchte auch auf die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 28.11.2007 über die Popularklage der Bezirke Oberbayern und Schwaben, von 30 bayerischen Landkreisen (u.a. auch dem Landkreis Berchtesgadener Land) und 236 Gemeinden und Städten auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen der Bezirksordnung und des Finanzausgleichsgesetzes bezüglich der Bezirksumlage und einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen hinweisen. Der Verfassungsgerichtshof hat die Unvereinbarkeit des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes mit der Bayerischen Verfassung erklärt und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31. Dezember 2009 neue transparentere Verfahrensregelungen für den Finanzausgleich zu schaffen .

Die vom Landkreis zu entrichtende **Bezirksumlage 2008** beträgt 12.205.500 EUR und damit rd. 827.000 EUR weniger als 2007. Der Bezirk Oberbayern hat den Hebesatz um 1 Prozentpunkt ermäßigt und auf 18,8 % festgesetzt.

Die im Haushaltsentwurf veranschlagte **Kreisumlage** beträgt 34.407.763,24 EUR . Die Kreisumlage erhöht sich somit um rd. 509.000 EUR bzw. 1,5 % gegenüber dem Vorjahr. Hierfür muss der Hebesatz von 51,5 % auf 53 % angehoben werden.

Ein noch höherer Hebesatz konnte nur auf Grund der höheren Schlüsselzuweisungen und der gesunkenen Bezirksumlage vermieden werden. Die Verbesserungen bei den Schlüsselzuweisungen und der Bezirksumlage machen 3.651.900 EUR aus, was rechnerisch 5,6 Prozentpunkten Kreisumlage entsprechen würde !

Zur **Finanzierung des Vermögenshaushaltes** ist eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Höhe von 2.241.000 EUR veranschlagt. Nach Abzug der gesetzlichen Mindestzuführung in Höhe von 1.899.300 EUR stehen somit nur noch 341.700 EUR für die Finanzierung der eingeplanten Investitionen zur Verfügung. Zum Haushaltsausgleich ist deshalb auch eine Kreditaufnahme von 1 Mio EUR notwendig.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, zu den **Personalkosten** kommen. Die Personalkosten der Landkreisverwaltung einschließlich der Schulen und Kreiseinrichtungen und der Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit sind mit **11.444.200 EUR**, also 15,8 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes, veranschlagt. Sie liegen damit um 12.500 EUR bzw. 0,11 % über dem Vorjahresansatz bzw. um rd. 479.000 EUR bzw. 4,37 % über den tatsächlichen Personalkosten des Jahres 2007. Die im Jahr 2007 erzielten Einsparungen sind hauptsächlich auf nicht bzw. zeitlich versetzt erfolgte Neueinstellungen, dem ersatzlosen Ausscheiden von Mitarbeitern und auf Stundenreduzierungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zurückzuführen. Diese kostensenkenden Maßnahmen waren jedoch nur unter Inkaufnahme einer zusätzlichen Arbeitsbelastung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der schrittweisen Umstellung auf Fremdreinigung möglich.

Für die Ermittlung der Personalkosten 2008 wurde von einer tariflichen Gehaltssteigerung von 3 % ausgegangen. In den laufenden Tarifverhandlungen werden, wie Sie alle wissen, wesentlich höhere Forderungen gestellt. Es bleibt zu hoffen, dass die Tarifpartner zu einem auch für die kommunalen Arbeitgeber finanzierbaren Ergebnis kommen.

Bemerkenswert ist auch, dass in dem Personalkostenansatz von rd. 11,4 Mio EUR allein die Aufwendungen für die Altersteilzeit (14 Bedienstete in der Freistellungsphase) mit rd. 412.000 EUR zu Buche schlagen.

Der Stellenplan mit 319 Planstellen, davon 265 Stellen für Kreisbedienstete, wurde vom Kreisausschuss am 20. Februar 2008 einstimmig beschlossen.

Ich lege in diesem Zusammenhang großen Wert auf die Feststellung, dass die Landkreisverwaltung große Anstrengungen unternommen hat, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern flexible Arbeitszeiten anzubieten. Auf 319 ausgewiesenen Vollzeitstellen werden 358 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon 214 Vollzeit- und 144 Teilzeitbeschäftigte. Dies ist ein beispielhafter Beitrag des Landkreises Berchtesgadener Land zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie!

Zusätzlich werden 2008 am Landratsamt fünf Auszubildende des Landkreises zu Verwaltungsfachangestellten und zwei Beamtenanwärter des Freistaats Bayern ausgebildet. Es ist mir auch ein ganz persönliches Anliegen, Mitarbeiterinnen, die sich noch in der Erziehungszeit befinden, rechtzeitig weiterzuqualifizieren und ihnen durch flexible Arbeitszeiten den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen.

### **Aufwendungen für die landkreiseigenen Gebäude:**

Für die bauliche Unterhaltung der landkreiseigenen Gebäude, insbesondere der Schulen, sind im Verwaltungshaushalt Bauunterhaltungsmittel in Höhe von 1.474.500 EUR angesetzt.

Im Vermögenshaushalt sind für die von Ihnen heute beschlossene Generalsanierung des Schulgebäudes „Villa Karg“ des Karlsgymnasiums Bad Reichenhall insgesamt in der Finanzplanung 2,9 Mio EUR , davon 900.000 EUR im Haushaltsjahr 2008 veranschlagt.

Von den Bauunterhaltungsmitteln in Höhe von 1.474.500 EUR entfallen rd. 687.000 EUR auf Brandschutzmaßnahmen.

Für die Unterhaltung der Schulgebäude sind im Gesamtansatz 1.161.500 EUR enthalten. Schwerpunkt ist dabei die bauliche Unterhaltung der Staatlichen Berufsschule in Freilassing mit einem Ansatz von 700.000 EUR insbesondere für Brandschutzmaßnahmen. Ich möchte aber ausdrücklich betonen, dass selbstverständlich zur Bauunterhaltung der Berufsschule auch gehört, die Ausbildungsstätten in einem baulichen Zustand zu erhalten bzw. zu versetzen, der den Anforderungen der beruflichen Ausbildung entspricht. Deshalb werden wir bemüht sein, die Fachräume im Bereich der Gastronomie, insbesondere auch für die Hotelberufe, sukzessive, wie von der Schulleitung gewünscht, neu zu gestalten.

Die Bauunterhaltungsmittel 2008 beinhalten überwiegend Brandschutzmaßnahmen und sonstige Substanzerhaltungsmaßnahmen. Ein weiterer Schwerpunkt bei der Unterhaltung der landkreiseigenen Gebäude muss aber auch auf die energetische Erneuerung unserer Gebäude gesetzt werden.

Der Kreistag hat am 23. Juli 2007 beschlossen, alle kreiseigenen Gebäude auf Energieeinsparmaßnahmen zu untersuchen und die notwendigen Mittel nach Prioritätensetzung in den Haushalt einzustellen. Als Erstes haben wir das Schulzentrum in Freilassing, also die Staatliche Berufsschule und die Knabenrealschule untersuchen lassen. Das Gutachten werden wir in den nächsten Tagen erhalten. Das Ergebnis und die vorgeschlagenen Maßnahmen werde ich dann den Landkreisgremien umgehend vortragen.

Bei der Generalsanierung der „Villa Karg“ sind bereits Energieeinsparmaßnahmen enthalten.

Zusammenfassend ist deshalb festzuhalten, dass auch im Finanzplanungszeitraum bis 2011 erhebliche Mittel für die Unterhaltung und Sanierung der Landkreisgebäude bereitgestellt werden müssen. Ich möchte aber auch betonen, dass unsere Gebäude, vor allem die Schulgebäude, keinen Vergleich mit den Gebäuden anderer Landkreise und Städte scheuen müssen.

Die vom Kreistag am 17. Dezember 2007 beschlossene Überprüfung unserer Gebäude bezüglich der Eignung für Photovoltaikanlagen wird noch in diesem Frühjahr abgeschlossen sein.

### **Schulwesen**

Für die Unterhaltung der acht Schulen in der Aufwandsträgerschaft des Landkreises, sowie für Gastschulbeiträge, Zuschüsse an andere Schulträger im Landkreisgebiet und für die Schülerbeförderung sind im Verwaltungshaushalt Ausgaben von 10.092.900 EUR angesetzt.

Im Vermögenshaushalt sieht der Haushaltsentwurf 1.440.600 EUR vor, davon 900.000 EUR für die Generalsanierung der „Villa Karg“ und 465.600,00 EUR für die bewegliche Ausstattung unserer Schulen.

Insgesamt betragen die Ausgaben für das Schulwesen somit 11.533.500 EUR bei einem Zuschussbedarf des Landkreises von insgesamt 7.789.600 EUR.

In den Schulen des Landkreises werden im laufenden Schuljahr rund 4.400 Schüler unterrichtet. Wenn ich die Schülerinnen und Schüler hinzurechne, für die der Landkreis Gastschulbeiträge an andere kommunale Schulträger außerhalb des Landkreises und an andere Schulträger im Landkreis leistet, beziehen sich die o.g. Ausgaben auf rd. 7.700 Schüler. Der Landkreis trägt dadurch im hohen Maße dazu bei, ein qualitativ hochwertiges und vielfältiges wohnortnahes Schulangebot vorhalten zu können.

Hierbei handelt es sich nach meiner Auffassung um gut angelegtes Geld, damit unseren Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine qualifizierte Bildung und Berufsausbildung ermöglicht wird.

Ich werde mich auch weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass in unserem Landkreisgebiet das Bildungsangebot in den verschiedenen Bereichen weiter verbessert und ausgebaut wird. Ich begrüße deshalb auch ausdrücklich die Errichtung einer Fachhochschule für Tourismus in Bad Reichenhall.

**Ich kann nur meine Aussage vom vorigen Jahr wiederholen, dass ein vielfältiges Angebot an weiterbildenden und gut ausgestatteten Schulen eine wesentliche Voraussetzung für die weitere positive Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Berchtesgadener Land ist.**

Im Einzelplan 3 „Kulturelle Angelegenheiten“ haben wir wie im Vorjahr einen Betrag in Höhe von 70.000 EUR für die Förderung der Musikpflege vorgesehen, um das Philharmonische Orchester Bad Reichenhall weiterhin unterstützen und auch den Bezirksmusikverband und den „Musik-Sommer zwischen Inn und Salzach“ bezuschussen zu können.

#### **Einzelplan 4 „Soziale Sicherung“:**

Der Einzelplan 4 „Soziale Sicherung“ ist mit Ausgaben in Höhe von 20.748.500 EUR und Einnahmen in Höhe von 6.878.000 EUR veranschlagt. Der kalkulierte Zuschussbedarf beträgt somit 13.870.500 EUR. Der Zuschussbedarf steigt somit gegenüber 2007 um 288.900 EUR.

Für die **Sozialhilfe einschließlich Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und für Arbeitsuchende** gehen wir von einem Zuschussbedarf von voraussichtlich 8.622.100 EUR, also 381.900 EUR oder 4,6 % mehr als im Vorjahr, aus.

Dabei vermindert sich im Aufgabenbereich des sogenannten „örtlichen Trägers der Sozialhilfe“ der Zuschussbedarf um 570.900 EUR von rd. 1,2 Mio EUR auf nunmehr rd. 674.000 EUR. Der verringerte Zuschussbedarf ergibt sich vor allem durch den Übergang der Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe ab 01.01.2008 auf den Bezirk Oberbayern als überörtlichen Träger der Sozialhilfe.

Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung geht die Sozialhilfeverwaltung von einem Anstieg des Zuschussbedarfs um rd. 400.000 EUR auf rd. 2,1 Mio EUR aus.

Als Gründe für die steigende Belastung sind zu nennen:

- Ø steigende Fallzahlen,
- Ø Erhöhung der Mietobergrenzen
- Ø Nachzahlungen von rd. 150.000 EUR für die Jahre 2003 bis 2004 auf Grund eines Urteils des Bundessozialgerichts (nicht zulässige Anrechnung des Kindergeldes) und
- Ø Festschreibung der Bundeserstattung auf 7,1 % des Nettoaufwandes.

Für die Grundsicherung für Arbeitsuchende sind Ausgaben in Höhe von 6,1 Mio EUR veranschlagt. Der Zuschussbedarf erhöht sich auf rd. 4,4 Mio EUR, das sind rd. 460.000 EUR mehr.

Die Kürzung des Bundesanteils für die Kosten der Unterkunft von 31,2 % auf 28,6 % wirkt sich mit rd. 150.000 EUR für den Landkreis nachteilig aus. Wegen der Erhöhung der Mietobergrenzen muss mit Mehraufwendungen von 265.000 EUR gerechnet werden.

Insgesamt erhöht sich der Zuschussbedarf bei der Grundsicherung um 869.000 EUR. Nur durch den Übergang der Eingliederungshilfen auf den Bezirk konnte der Zuschussbedarf in der Sozialhilfe auf 381.900 EUR begrenzt werden.

**Selbstverständlich gehört die Soziale Sicherung zu den Kernaufgaben eines Landkreises. Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch die in den letzten Jahren ohne Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit erfolgte Übertragung zusätzlicher Zuständigkeiten vom Bund auf die kommunalen Sozialhilfeträger , wie im Bereich der Grundsicherung, kritisch hinterfragt werden. Unter Einbeziehung der Bezirksumlage beträgt der vom Landkreis zu tragende Zuschussbedarf mittlerweile rd. 26 Mio EUR .**

Wir dürfen gespannt sein, wie sich die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neustrukturierung der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (Arbeitsgemeinschaften Hartz IV) gestalten wird und welche Auswirkungen sich für die kommunalen Aufgabenträger ergeben werden.

Weitere erhebliche Auswirkungen werden sich für die Landkreise mit der voraussichtlichen Übernahme der Zuständigkeiten bei der „Hilfe zur Pflege“ von den Bezirken ab 01.01.2009 ergeben. Ich gehe aber auf Grund des bisherigen Verhandlungsstandes der kommunalen Spitzenverbände mit dem Freistaat Bayern davon aus, dass die dem Landkreis entstehenden zusätzlichen Aufwendungen durch die Reduzierung der Bezirksumlage und durch Ausgleichszahlungen kompensiert werden können.

Die **Jugendhilfeaufwendungen** werden mit einem Ausgabevolumen von rd. 5,9 Mio EUR kalkuliert. Der Zuschussbedarf des Landkreises von rd. 4,9 Mio EUR liegt um 80.000 EUR unter dem Vorjahresansatz.

Die größten Ausgabenblöcke bei den Jugendhilfeleistungen beziehen sich auf

- Ø Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, Tagespflege und Tagesgruppen ( 615.500 EUR)
- Ø Erziehungsbeistandschaften (290.000 EUR)
- Ø Sozialpädagogische Familienhilfen ( 250.000 EUR)
- Ø Vollzeitpflege (642.500 EUR)
- Ø Heimerziehung ( 1.001.000 EUR)
- Ø Eingliederungshilfen (607.000 EUR)
- Ø Hilfen für junge Volljährige (233.500 EUR)
- Ø Sonstige Jugendarbeit (171.000 EUR)

Die Entwicklung unserer heutigen Gesellschaft mit der zunehmenden Verlagerung der (Erziehungs-)Verantwortung für die Kinder von den Eltern auf staatliche und kommunale Einrichtungen macht mich sehr nachdenklich.

Mit großer Sorge muss ich aber auch die Beobachtungen unseres Amtes für Kinder , Jugend und Familien zur Kenntnis nehmen, dass eine zunehmende Zahl junger Menschen enorme Schwierigkeiten hat, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, sich eine eigene Existenz zu schaffen und den Lebensalltag zu bewältigen.

Hier bedarf es der gemeinsamen Anstrengung von uns allen, um dieser auch in unserem ländlichen Bereich bedenklichen Entwicklung entgegenzusteuern.

### **Krankenhauswesen (Einzelplan 5)**

Die größte Ausgabensteigerung im Verwaltungshaushalt, meine sehr geehrte Damen und Herren, ergibt sich im Einzelplan 5. Während der im Jahr 2007 eingeplante Zuschussbedarf noch rd. 3.5 Mio EUR betrug, müssen wir heute einen Zuschussbedarf von 6,8 Mio EUR veranschlagen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 4,6 Mio EUR Verlusterstattung an die Kreiskliniken, 1,6 Mio EUR Krankenhausumlage an den Freistaat Bayern und rund 600.000 EUR Erstattung von Zins- und Tilgungsleistungen für Darlehen, die die Kreiskliniken in den früheren Jahren für die Sanierung der Krankenhäuser aufgenommen haben und die der Landkreis vereinbarungsgemäß den Kreiskliniken erstattet.

In der Kreistagssitzung am 17. Dezember 2007 habe ich Sie darüber informiert, dass den Kliniken des Landkreises Berchtesgadener Land GmbH im Geschäftsjahr 2006 ein Verlust in Höhe von rd. 2,635 Mio EUR entstanden ist und für das Jahr 2007 von einem Verlust von rd. 5 Mio EUR auszugehen ist. Die Gründe hierfür habe ich ebenfalls in der letzten Kreistagssitzung vorgetragen.

Ich möchte jedoch noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass ein hoher Anteil an diesen Verlusten verursacht ist durch die Tatsache, dass wir in der Umbauphase des Kreiskrankenhauses Freilassing das gesamte Personal weiterbeschäftigt haben, obwohl der Krankenhausbetrieb in dieser Zeit massiv beeinträchtigt war und auch die

Beseitigung von Pfusch am Bau aus der Mitte der 90er Jahre unabdingbare Voraussetzung für den Weiterbetrieb des Krankenhauses war.

Diese unerwartet schlechten Ergebnisse unserer Kliniken GmbH wirken sich natürlich unmittelbar auf unseren Landkreishaushalt aus, da der Landkreis als Gesellschafter verpflichtet ist, diese Verluste zu erstatten.

In Abstimmung mit der Geschäftsleitung der Kliniken des Landkreises Berchtesgadener Land GmbH sieht der Haushaltsplan eine Verlusterstattung von 4,6 Mio EUR in diesem Jahr vor.

Damit ist es möglich, in 2008 der Kliniken GmbH die restliche Erstattungsrate von rd. 816.000 EUR des Jahresverlustes 2006 und für den 2007 erwarteten Verlust von rd. 5 Mio EUR Abschlagszahlungen von rd. 3,7 Mio EUR zu überweisen und somit die Liquidität der Kliniken GmbH zu verbessern.

Die Finanzplanung des Landkreises sieht für 2009 weitere Verlusterstattungen von 4 Mio EUR und für die Jahre 2010 bis 2011 je 2 Mio EUR vor.

Ich muss nicht extra betonen, welche Belastungen sich dadurch für die Finanzierung des Landkreishaushaltes und für die Bemessung der Kreisumlage ergeben. Es ist für mich völlig klar, dass auf Dauer vom Landkreis Krankenhausverluste in dieser Höhe nicht zu finanzieren sind.

Ich habe deshalb auch in der Kreistagssitzung am 17.12.2007 deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die angestrebte Fusion mit den Kreiskliniken des Landkreises Traunstein die einzige noch verbleibende Möglichkeit sein wird, unsere drei Häuser in kommunaler Trägerschaft halten zu können. Die Aufrechterhaltung der kommunalen Trägerschaft macht jedoch auch nur dann Sinn, wenn unsere Häuser tatsächlich von der Bevölkerung angenommen werden. Dies setzt jedoch voraus, dass unsere Krankenhäuser dauerhaft einen hohen Qualitätsstandard gewährleisten und dies auch von unseren Bürgerinnen und Bürgern angenommen und honoriert wird.

## Einzelplan 7 ( Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung):

Für die Abfallbeseitigung und Abfallwirtschaft sind für 2008 in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen insgesamt 7.586.400 EUR und damit 347.500 EUR weniger als im Vorjahr veranschlagt. Vor allem die sinkenden Kapitalkosten für die Müllverbrennungsanlage Burgkirchen tragen zu einer deutlichen Kostenreduzierung im Bereich der Abfallwirtschaft bei. Ich möchte Sie deshalb, vor vollem die anwesenden Bürgermeister, darüber informieren, dass wir noch in diesem Jahr die Müllgebühren neu kalkulieren werden und von einer Senkung der Gebühren ausgegangen werden kann. Die Gemeinden können dann ihre Gebühren entsprechend anpassen.

Für die **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Berchtesgadener Land mbH** sieht der Haushaltsplanentwurf einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 125.000 EUR vor. Derzeit läuft unter der Regie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit großem Erfolg die „Qualitätsoffensive Berchtesgadener Land“, mit dem Hauptziel die Servicequalität unserer Firmen aber durchaus auch den Service von kommunalen Verwaltungen zu steigern. Gerade in unserem touristisch geprägten Landkreis und bei den gestiegenen Ansprüchen der Gäste ist ein „guter Service“ eine der wichtigsten Voraussetzungen, um konkurrenzfähig zu sein und auf Dauer am Markt bestehen zu können. Dies trifft auch auf allen anderen Firmen zu. Ich freue mich deshalb, dass gerade in letzter Zeit das Interesse der Firmen an unserer Qualitätsoffensive massiv zugenommen hat.

Für den **öffentlichen Personennahverkehr** ist einschließlich der im Vermögenshaushalt zu veranschlagenden Investitionszuweisungen insgesamt eine Bezuschussung durch den Landkreis in Höhe von 144.600 EUR vorgesehen.

Die wichtigsten Aufgaben des Landkreises im ÖPNV bestehen darin, die Voraussetzungen für einen attraktiven S-Bahn-Betrieb mit der notwendigen Infrastruktur und einer Ausweitung des ÖPNV-Angebots zu schaffen, einer möglichst guten Fahrplangestaltung- und –abstimmung, und einer Verstärkung des Marketings.

Seit April 2007 hat der Landkreis deshalb einen hauptamtlichen Verkehrsmanager eingestellt, um diesen anspruchsvollen Aufgabenstellungen gerecht zu werden.

Mit diesen Ausführungen wollte ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die wichtigsten Eckpunkte der Einzelpläne 0 bis 8 des Verwaltungshaushaltes erläutern.

Wie ich eingangs meiner Rede schon erwähnt habe, ist eine **Zuführung an den Vermögenshaushalt** in Höhe von 2.241.000 EUR veranschlagt. Nach Abzug der gesetzlichen Mindestzuführung in Höhe von 1.899.300 EUR stehen somit nur noch 341.700 EUR für die Finanzierung der eingeplanten Investitionen und Investitionszuschüsse zur Verfügung. Dieser investive Bereich umfasst 3.160.800 EUR. Zur Finanzierung dieser investiven Ausgaben steht nur ein Eigenanteil von 10,8 % zur Verfügung. Zum Haushaltsausgleich ist deshalb auch eine Kreditaufnahme von 1 Mio EUR erforderlich.

Zur Finanzierung des nicht gedeckten Bedarfs ist eine **Kreisumlage** in Höhe von 34.407.763,24 EUR notwendig. Auf Grund der um 901.767 EUR gesunkenen Umlagekraft in Höhe von 64.920.308 EUR ergibt dies einen Kreisumlagehebesatz von 53,0 % gegenüber 51,5 % im Jahr 2007. Trotz dieser Hebesatzerhöhung beträgt das veranschlagte Istaufkommen aus der Kreisumlage nur rd. 509.400 EUR mehr als im Vorjahr.

Dieses Umlagesoll wird benötigt, um

Ø den um 1.468.200 EUR erhöhten Zuschussbedarf in den Einzelplänen 0 bis 8 des Verwaltungshaushaltes (ohne Krankenhauswesen)  
und

Ø den um 3.400.900 EUR erhöhten Zuschussbedarf für die Krankenhäuser finanzieren zu können.

Ohne die Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen von rd. 2,8 Mio EUR und die um rd. 827.800 EUR niedrigere Bezirksumlage wäre es nur mit einer **drastischen Anhebung der Kreisumlage** möglich gewesen, den 2008 eingeplanten erhöhten Zuschussbedarf für die Krankenhäuser zu finanzieren.

Ich halte deshalb die veranschlagte Kreisumlage auch unter Berücksichtigung der durchaus positiven Entwicklung der Steuerkraft in unseren Kommunen für vertretbar.

Eine Verschiebung der Versteuerung an die Kliniken des Landkreises Berchtesgadener Land GmbH zu Gunsten einer niedrigeren Kreisumlage hätte erhebliche Folgen für die Liquidität unserer Kliniken-GmbH und wäre auch kontraproduktiv zu unserer Zielsetzung, möglichst bald die Kreiskrankenhäuser lastenfrei in ein gemeinsames Unternehmen mit den Kliniken des Landkreises Traunstein einzubringen.

Eine höhere Kreditaufnahme würde einen Rückschlag in unserem Bemühen bedeuten, den Schuldenstand im Finanzplanungszeitraum auch im Sinne der Gemeinden als Kreisumlagezahler spürbar abzubauen.

Die Allgemeine Rücklage von lediglich 1,3 Mio EUR darf nach unserer Ansicht im Hinblick auf die ungewisse Entwicklung bei den Krankenhäusern nicht zur Entlastung bei der Kreisumlage 2008 angetastet werden.

Auf den Vermögenshaushalt möchte ich nur noch ganz kurz eingehen.

Der Vermögenshaushalt umfasst ein Volumen von 5.511.500 EUR, wobei im investiven Bereich Ausgaben in Höhe von 3.130.800 EUR angesetzt sind.

Die größte Hochbaumaßnahme ist die Generalsanierung der „Villa Karg“ des Karls Gymnasiums Bad Reichenhall mit Gesamtkosten von rd. 2,9 Mio EUR. Für 2008 sind hierbei für den 1. Bauabschnitt 900.000 EUR eingeplant. Ich darf hierzu auf die im vorigen Tagesordnungspunkt bereits vorgetragenen Ausführungen verweisen.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass für das Karls Gymnasium auch der Bau eines Freispielplatzes für die „bewegte Pause“ vorgesehen ist. Die Baukosten von 43.000 EUR werden ausschließlich durch Spendengelder finanziert, die im vorigen Jahr vom Karls Gymnasium bei einem Sponsorenlauf vereinnahmt werden konnten.

Für das dabei gezeigte Engagement der „Schulfamilie“ und die Spendenbereitschaft sowohl von heimischen Firmen als auch von Privatpersonen möchte ich mich herzlich bedanken.

Im Vermögenshaushalt sind auch drei Kreisstraßenbaumaßnahmen mit Ausgaben von insgesamt 767.000 EUR eingeplant, wovon der Kreis voraussichtlich 367.000 EUR übernehmen muss. Bei diesen Baumaßnahmen handelt es sich ausschließlich um Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit (Ausbau von Geh- und Radwegen an Kreisstraßen) bzw. der Beseitigung eines Böschungsrutsches.

Ich möchte aber schon heute ankündigen, dass im Jahr 2009 der Ausbau der Ortsdurchfahrt der Kreisstraße BGL 4 in Bayerisch Gmain ansteht und derzeit die Planungen erstellt werden. Die Landkreisgremien werden damit in der zweiten Jahreshälfte 2008 befasst werden.

Für die Erneuerung und Verbesserung der Ausstattung an unseren Schulen sind insgesamt 465.600,00 EUR eingeplant.

Für Investitionszuschüsse sind 260.000 EUR eingeplant.

Davon möchte ich die Zuschüsse von 63.500 EUR im Bereich des Brandschutzes für überörtlich eingesetzte Feuerwehrfahrzeuge, insbesondere für die Anschaffung eines neuen Gerätewagens „Gefahrgut“ in Bad Reichenhall und 105.000 EUR für die Förderung von Investitionen der ambulanten Altenpflege erwähnen.

Für die Beschaffung eines neuen landkreiseigenen Einsatzleitfahrzeuges im Katastrophenschutz ist im Entwurf der Haushaltssatzung eine Verpflichtungsermächtigung von 200.000 EUR vorgesehen, um den Auftrag im Jahr 2008 erteilen zu können (Lieferung 2009).

### **Olympiastützpunkt für Bob und Rodel in Berchtesgaden/Königssee:**

Die Kunsteisbahn für Bob und Rodel am Königssee befindet sich, vor allem in dem in den Siebziger Jahren errichteten unteren Bereich der Bahn, in einem nicht mehr dem Reglement und den neuesten Sicherheitsbestimmungen entsprechenden Zustand. Die Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Kunsteisbahnen ist deshalb massiv beeinträchtigt.

Unabhängig von der Bewerbung der Stadt München für die Olympischen Winterspiele 2018 ist ein Um- und Ausbau dieses Bereiches der Kunsteisbahn Königssee in den nächsten Jahren unabdingbar, um die Zukunft dieser Bahn gewährleisten zu können. Ich halte es deshalb für erforderlich, noch in diesem Jahr in Abstimmung mit dem Bund und dem Freistaat Bayern mit der Planung für den Umbau der Kunsteisbahn zu beginnen. Im Unterabschnitt 5605 des Vermögenshaushaltes ist deshalb ein Eigenanteil des Landkreises für Planungskosten in Höhe von 40.000 EUR veranschlagt. In die Finanzplanung 2009 bis 2011 sind noch keine Bauausgaben eingestellt, da noch keine belastbaren Kostenschätzungen vorliegen. Mit diesem Bauvorhaben werden wir uns im Kreistag noch intensiv beschäftigen müssen.

### **Verschuldung:**

Erlauben Sie mir, meine sehr geehrte Damen und Herren, am Ende meiner Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf 2008 noch einige Anmerkungen zum Schuldenstand des Landkreises:

In den letzten rund 16 Jahren hat der Landkreis nach Abzug von Fördermitteln rd. 28,8 Mio EUR in Schulbaumaßnahmen, 18,5 Mio EUR in die Kreiskrankenhäuser und 3,2 Mio EUR in Kreisstraßenbaumaßnahmen investiert.

Die letzte Kreditaufnahme war im Jahr 2004 erforderlich (2,7 Mio EUR).

**Der Schuldenstand zum Jahresende 2004 betrug somit immerhin 43,2 Mio EUR.**

Im Jahr 2004 hat der Landkreis von der Stadt Bad Reichenhall das ehemals Städtische Krankenhaus und damit verbunden 7 Mio EUR Darlehen übernommen.

Trotzdem hat der Landkreis Schulden abgebaut. **Zum Jahresbeginn 2008 betragen die Schulden 35,6 Mio EUR.**

Unter Berücksichtigung der Kreditaufnahmen in den Jahren 2008 und 2009 von insgesamt 2,3 Mio EUR wird der Schuldenstand am Ende des Finanzplanungszeitraumes im **Jahr 2011 auf 28,8 Mio EUR** zurückgehen.

Dieser konsequente Schuldenabbau hat zur Folge, dass sich der Schuldendienst im Jahr 2008 auf rd. 3,2 Mio EUR und im Jahr 2011 auf rd. 2,9 Mio EUR belaufen wird. Im Jahr 2004 mussten für den Schuldendienst noch rd. 3,5 Mio EUR , also 600.000 EUR mehr als am Ende des Finanzplanungszeitraumes 2011 ausgegeben werden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Weg des Schuldenabbaues fortgesetzt werden muss, um den nachfolgenden Generationen eine „gestaltende Politik“ zu ermöglichen. Nicht außer Acht gelassen werden darf jedoch, dass auch künftig der Schuldenabbau nicht zu Lasten der Unterhaltung der landkreiseigenen Infrastruktur (insbesondere der Gebäude) erfolgen darf !

### **Schlussbemerkung:**

Lassen sich mich zu einer Schlussbemerkung kommen:

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit diesen Ausführungen die wichtigsten Eckdaten und Zielsetzungen des Haushaltsentwurfes 2008 darstellen und erläutern konnte.

Ich meine, dass der vorliegende Haushaltsentwurf die Gewähr für die Aufgabenerfüllung des Landkreises bietet, ohne die Gemeinden, Märkte und Städte über Gebühr durch die Kreisumlage zu belasten.

Wir sehen es als unseren Anspruch an, auch weiterhin die größten Anstrengungen zu unternehmen, um unsere Aufgaben effizient, bürgernah, wirtschaftlich und soweit möglich auch gestaltend und nicht nur verwaltend zu erfüllen.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 19.03.2008 einstimmig beschlossen, dem Kreistag zu empfehlen, die von der Landkreisverwaltung vorgelegte Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2008 anzunehmen und dem Finanzplan mit Investitionsprogramm für die Jahre 2007 bis 2011 zuzustimmen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Beschlussvorschlag des Kreisausschusses folgen könnten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und eröffne hiermit die Aussprache.

## Beschlussvorschlag:

### I.

Aufgrund der Art. 57 ff der Landkreisordnung erlässt der Landkreis Berchtesgadener Land folgende Haushaltssatzung:

#### § 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im **Verwaltungshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit 72.305.500,00 €  
und

im **Vermögenshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit 5.511.500,00 €

ab.

#### § 2

Der Gesamtbetrag der **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 1.000.000,00 € festgesetzt.

#### § 3

**Verpflichtungsermächtigungen** im Vermögenshaushalt werden in Höhe von 200.000,00 € festgesetzt.

#### § 4

(1) Die Höhe des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Bedarfs, der nach Art. 18 ff. des Finanzausgleichsgesetzes umzulegen ist, wird für das Haushaltsjahr 2008 auf 34.407.763,24 € (Umlagesoll) festgesetzt.

(2) Der Umlagesatz für die **Kreisumlage** wird auf 53,0 v.H. der vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ermittelten Umlagegrundlagen festgesetzt (Art. 18 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes).

(3) Die Steuersätze (**Hebesätze**) für die Gemeindesteuern, die der Landkreis auf gemeindefreien Grundstücken erhebt, werden wie folgt festgesetzt:

**1. Grundsteuer**

- |  |          |
|--|----------|
| a) für die land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A) | 300 v.H. |
| b) für die Grundstücke (B)                             | 300 v.H. |

**2. Gewerbesteuer** 300 v.H.

**§ 5**

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 5.000.000,00 € festgesetzt.

**§ 6**

Diese Haushaltssatzung tritt am 01. Januar 2008 in Kraft.

**II.**

Dem gemäß Art. 64 Abs. 1 LKrO i.V.m. § 24 KommHV erstelltem Finanzplan mit Investitionsprogramm für die Jahre 2007 bis 2011 wird zugestimmt